



Newsletter

28.06.2024

Liebe Chinainteressierte,

willkommen zum Newsletter China urgewald Mai /Juni 2024.

Das Drachenjahr hat es in sich-endlich, im Juli (leider zu spät für diesen Newsletter) wird das Dritte Plenum stattfinden (siehe Newsletter 1), und 1,4 Milliarden Menschen werden endlich erfahren, wohin das Schiff steuern wird. Vielleicht, denn schon wieder wurde ein Minister entlassen. Dafür tun die Behörden ihre Arbeit: das überarbeitete Energiegesetz, neue Bergbaurichtlinien und ESG-Verpflichtungen lassen uns aufhorchen. Muss sich Europa da nicht beeilen, hinterher zu kommen?

Diesmal müssen wir gar nicht weit weg reisen mit den Gedanken, viel dreht sich um Europa: Xis Europareise, das EU-Lieferkettengesetz und China sowie der Handelsstreit um Wind- und Solarenergie.

Und: urgewald war in Taiwan-da gings um russische Kohle. Neugierig geworden? Viel Spaß beim Lesen.

Eure

Nora und Judith, mit Merete Looft und Jannis Perzlmeier

Eine Bitte an alle Abonent*innen: Wir möchten den Newsletter auf Englisch umstellen. Bitte antwortet auf diese Email mit „Ja“, wenn ihr damit einverstanden seid oder mit „Nein“, wenn nicht. Dankeschön!

Themen im Newsletter:

Handel und Klima

Innenpolitik

Energie

Aus unserer Arbeit

Handel und Klima



© Shutterstock

Präsident Xi Jinpings Europareise

Am 5. Mai begann Präsident Xi Jinping seinen fünftägigen **Besuch in Europa**. Die erste Europareise seit fünf Jahren. Start war ein Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen. Xi besuchte auch Serbien und Ungarn, die er als Chinas engste Verbündete in Europa bezeichnete. Beijing und Budapest unterzeichneten neue Abkommen, insbesondere im Bereich der Atomenergie. Auch mit Frankreich möchte Xi in Sachen Atomenergie zusammenarbeiten und behauptet dies sei eine „grüne Entwicklung“. Vor allem Chinas Unterstützung für Russland und die Überkapazitäten in der chinesischen Industrie sorgen zwischen China und der EU für Spannung. So sagte von der Leyen, die EU könne keine **massiven Einfuhren** chinesischer Industriegüter vor allem im Energiebereich hinnehmen. Xi antwortete lediglich, dass es so etwas wie Überkapazitätsabbau nicht gebe. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hingegen verfehlte es, sich klar von China abzugrenzen. Als er gebeten wurde, sich zu der Debatte über mögliche EU-Zölle auf Elektrofahrzeuge aus China zu äußern, sagte er nur, dass es viele Überschneidungen zwischen China und westlichen Automobilherstellern gebe.

Neues EU-Lieferkettengesetz

Im April hat das Europaparlament das lang erwartete [EU-Lieferkettengesetz](#) verabschiedet. Es soll europäische Unternehmen verpflichten, Menschenrechts- und Umweltstandards in ihren Lieferketten einzuhalten. Kommission, Rat und Parlament hatten sich bereits letztes Jahr geeinigt, doch Mitgliedstaaten, u.a. [Deutschland](#), haben noch Änderungen bewirkt, die den Gesetzentwurf deutlich abschwächen. Die neuen EU-Regelungen werden trotz der Abschwächungen in bestimmten Aspekten über das deutsche Lieferkettengesetz hinausgehen. Die EU-Staaten haben nun zwei Jahre Zeit, das neue Gesetz in nationales Recht umzusetzen. Es ist zu erwarten, dass dies europäisch-chinesische Geschäftsinteressen erschweren wird, denn deutsche Unternehmen müssen die Offenlegungspflicht nun an ihre chinesischen Zulieferer praktisch weitertragen. Darüber hinaus stimmte das EU-Parlament über ein [Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit](#) ab. Die Verordnung zielt vor allem auf Produkte ab, die in der vorrangig von Uiguren bewohnten chinesischen Region Xinjiang hergestellt werden ([urgewald berichtete](#)).



© Shutterstock

Erneuerbare werden zum Zankapfel zwischen EU/USA und China

Die EU-Kommission ermittelt gegen [chinesische Lieferanten](#) von Windparks für Europa und überprüft Subventionen. Zusätzlich prüft die EU die Bedingungen für die Entwicklung für mehrere Windparks mit chinesischer Beteiligung in

Europa. Dies sei notwendig, um ähnliche Abhängigkeiten wie bei Solarpaneelen zu vermeiden, insbesondere in den Bereichen Windkraft, Elektrofahrzeuge und Chips. Die EU strebt faire Wirtschaftsbeziehungen mit China an, ohne dessen Handlungsfreiheit einzuschränken, wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte. Die EU hatte auch eine [Wettbewerbsuntersuchung](#) gegen zwei chinesische Unternehmen eingeleitet, die an einem Solarprojekt in Rumänien beteiligt waren. Diese sollte klären, ob die Unternehmen nicht offengelegte Subventionen von der chinesischen Regierung erhalten haben. Aufgrund des Rückzugs der Unternehmen aus dem Projekt hat die Kommission die Ermittlungen eingestellt. Der Generaldirektor im chinesischen Außenministerium, Wang Lutong, kritisiert das Vorgehen der EU und fordert Brüssel in einer Stellungnahme auf, keinen Protektionismus zu betreiben. Zuvor hatte China bereits bei der Welthandelsorganisation eine [Beschwerde](#) gegen die „diskriminierenden“ Anforderungen der USA zur Subventionierung von Elektrofahrzeugen eingereicht.

KfW zieht sich weitgehend aus China zurück

Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), kündigte in Beijing das Ende der [finanziellen Zusammenarbeit](#) zwischen der Förderbank und China an. Schon seit 2010 gibt es keine Entwicklungszusammenarbeit mehr, nur noch sogenannte finanzielle und technische Zusammenarbeit. Innerhalb eines Jahres sollen die Verhandlungen mit chinesischen Behörden über die letzten drei Projekte mit einem Gesamtvolumen von 370 Millionen Euro abgeschlossen sein.

Innenpolitik

Neue Nachhaltigkeitsrichtlinien in China

Im Mai hat das chinesische Finanzministerium einen Entwurf für eine Richtlinie zur [Nachhaltigkeitsberichterstattung](#) von Unternehmen veröffentlicht. Unter dem Titel „Corporate Sustainability Disclosure Standards: Basic Standards“ legt der Entwurf erste [allgemeine Grundsätze](#) fest. Bis 2030 plant die chinesische Regierung, einen landesweit einheitlichen Standard für die Berichterstattung einzuführen. Die neue Richtlinie verbindet zwei bisher getrennte Märkte - die „[grüne Finanzierung](#)“ und den [Emissionsmarkt](#), die von verschiedenen Regierungsstellen mit unterschiedlichen Schwerpunkten geleitet werden. Es ist die bislang wichtigste Initiative zur Offenlegung von Nachhaltigkeitsdaten in China. Weltweit hat sich die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Unternehmen in den letzten Jahrzehnten rasch entwickelt. Die International Financial Reporting Standards (IFRS) Foundation hat 2021 das International Sustainability Standards Board (ISSB) ins Leben gerufen. Ziel des ISSB ist es, eine einheitliche globale Basis von Standards für die Offenlegung von Nachhaltigkeitsdaten zu schaffen. Die neue chinesische Richtlinie stützt sich weitgehend auf die ISSB-Standards. Dies signalisiert, dass sich chinesische Unternehmen auf strengere Regeln für die Offenlegung von Umwelt-, Sozial- und Corporate-Governance (ESG) Standards einstellen müssen.

Börsennotierte Unternehmen und ESG

Bereits im Februar haben die führenden chinesischen Börsen neue Richtlinien zur Offenlegung von Nachhaltigkeitsdaten eingeführt. Diese Vorschriften verpflichten 458 börsennotierte Unternehmen ab 2026, detaillierte Nachhaltigkeitsberichte zu veröffentlichen. Die Richtlinie gilt auch für 52 bedeutende Finanzinstitute, darunter 21 Geschäftsbanken, einschließlich aller 13 chinesischen Banken, die im von urgewald mit herausgegebenen Bericht [Banking on Climate Chaos](#) erwähnt sind. Als Reaktion auf diese strengen Vorschriften werden chinesische Banken Umstellungspläne entwickeln, die mit dem 1,5°C-Ziel übereinstimmen. Die Banken werden ihre Geschäfte im Bereich der Fossilen, insbesondere Kohle, kritisch überprüfen und reduzieren müssen. Außerdem werden sie die Finanzierung von Unternehmen einstellen müssen, die fossile Brennstoffe nutzen, ohne einen soliden Transformationsplan im Einklang mit dem 1,5°C-Ziel vorzuweisen. Angesichts des massiven Ausbaus von LNG-Importterminals und des Kohlekraftwerkszubaues in China scheint dieses Vorhaben extrem realitätsfern.



© urgewald

Chinesisches Gericht gibt Klimaaktivist*innen in bahnbrechendem Prozess gegen ein Kohlekraftwerk recht

In einem [wegweisenden Urteil](#) entschied ein regionales Gericht in China zugunsten von Klimaaktivist*innen in einer Klage gegen ein Kohlekraftwerk. Das Gericht verurteilte die Xingyi Shangcheng Power Generation Co. Ltd. zur Zahlung einer Geldstrafe von 9400 RMB (1295 US-Dollar) wegen Verursachung von „ökologischen Verlusten“ und forderte das Unternehmen zu einer öffentlichen Entschuldigung auf. Die Grassland Alliance, eine NGO aus Beijing, feierte das Urteil als ersten Sieg in der Verteidigung des öffentlichen Interesses auf Grundlage von Chinas Emissions- und Klimazielen. Jedoch folgte das Gericht der Argumentation der Umweltgruppe nicht, dass das

Kohlekraftwerk durch übermäßige Emissionen Umweltschäden verursacht habe, da CO2 in China nicht offiziell als Schadstoff gilt. Der Schwerpunkt lag stattdessen auf der Nichteinhaltung der Regularien des kürzlich eingeführten nationalen Emissionsmarktes in China. Dem Urteil zufolge sei das Kraftwerk aufgrund finanzieller Schwierigkeiten nicht in der Lage, seinen Verpflichtungen auf dem Emissionsmarkt nachzukommen - ein Problem vieler chinesischer Kohlekraftwerke. Trotz des Sieges vor Gericht hat Grassland Alliance sich entschieden, Berufung einzulegen. Die NGO hofft, dass in höherer Instanz ihre Beschwerde anerkannt wird, wonach der Ausstoß von Emissionen durch das Kohlekraftwerk Auslöser von Umweltschäden ist. „Selbst wenn das Gericht das Unternehmen nur zu einer Geldstrafe von 1 Yuan für den CO2-Ausstoß verurteilt, wäre dies ein Beispiel für künftige Fälle“, sagt Wang Wenjing, der Anwalt von Grassland Alliance. Der Spielraum für rechtliche Maßnahmen bleibt in China jedoch sehr begrenzt. Chinas „top-down“-Klimapolitik stellt das Ziel, die industrielle Entwicklung voranzutreiben weiterhin über den Grundsatz, dass Verschmutzter für verursachte Umweltschäden aufkommen müssen. So können nur die Staatsanwaltschaft und Organisationen, die zur Einreichung von Klagen berechtigt sind, Klimaprozesse initiieren. Unter dem derzeitigen Rechtsrahmen gibt es für Einzelpersonen keinen Raum, um die Regierung und die großen Emissionsverursacher herauszufordern.



"Even if the court fines the company just 1 yuan for emitting CO2, it would set an example for future cases"

Wang Wenjing, Anwalt von Grassland Alliance

Bewegung bei den Umweltregularien

Mit dem neuesten Entwurf des chinesischen Energiegesetzes und der Überarbeitung des Bergbaugesetzes kommt Bewegung in den Bereich der Umweltregularien. Doch trotz Nachbesserungen bleiben große Lücken in den chinesischen Umweltrichtlinien bestehen. Die Überarbeitung des Bergbaugesetzes verpflichtet Bergbauunternehmen, noch vor Beginn des Abbaus einen Plan für die Rehabilitation von Umweltschäden zu erstellen und die Mitsprache der lokalen Bevölkerung sicherzustellen. Jedoch könnte das Fehlen klarer Vorschriften zur Ausgestaltung der Regularien zu einer unzureichenden Umsetzung führen. Ein Entwurf des lang erwarteten [Energiegesetzes](#) reiht sich in die Gruppe neuer Umweltrichtlinien ein. Das Gesetz soll die Förderung erneuerbarer Energien und die Abkehr von Fossilen unterstützen. Das Gesetz muss jedoch zunächst vom Ausschuss des

Nationalen Volkskongresses diskutiert werden, bevor es in Kraft tritt. Darüber hinaus setzen China und die USA ihre Zusammenarbeit zur Kontrolle der Methanemissionen fort. Dass eine Reduktion der chinesischen Methanausstöße notwendig ist, zeigt unter anderem eine im April veröffentlichte [Studie](#) von Nature Climate Change. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Emissionen aus stillgelegten Minen in China weitgehend unterschätzt wurden.



© Shutterstock

Interessenkonflikte innerhalb der chinesischen Regierungspartei

Mit halbjähriger Verspätung wurde der Termin für das [Dritte Plenum des Zentralkomitees](#) der Kommunistischen Partei Chinas (KP) für Juli angekündigt. Unklar bleibt, warum das Plenum nicht wie vorgesehen im Oktober stattgefunden hat. Traditionell werden auf dem Dritten Plenum die wirtschaftspolitischen Leitlinien der nächsten fünf Jahre diskutiert. In der Vergangenheit wurden auf diesen Sitzungen auch größere wirtschaftliche Reformen beschlossen. Darüber, ob eine größere strategische Richtungsänderung zu erwarten ist, lässt sich aufgrund der intransparenten Entscheidungsstrukturen nur spekulieren. Auch die Neubesetzung der entlassenen hohen Funktionäre der KP sollte hier verkündet werden. Nach Außenminister Qin Gang und Verteidigungsminister Li Shangfu wurde nun auch Chinas [Landwirtschaftsminister Tang Renjian](#) aus seinem Amt entlassen. Unter dem Vorwand der Korruption wurden in den letzten Jahren vermehrt hohe Entscheidungsträger entlassen. Diese Praxis hat jedoch oft mehr mit der Verschleierung innerparteilicher Machtkonflikte als mit Korruptionsbekämpfung zu tun.

Chinas nationaler Gasverbrauch soll im Jahr 2040 seinen Höhepunkt erreichen

Chinas staatlich kontrollierter Mineralölkonzern CNOOC gab auf einer Konferenz über die Verschiffung von Flüssiggas im Mai bekannt, dass der nationale **Gasverbrauch** voraussichtlich im Jahr 2040 einen Höchststand von 700 Milliarden m³ erreichen wird. Die Konferenz wurde gemeinsam von der China Shipowners' Association und der Langfang International Pipeline Exhibition organisiert. Die Präsidentin der Internationalen Gas-Union, Li Yalan, schätzte, dass der Gasverbrauch in China im Jahr 2030 500 Milliarden m³ und im Jahr 2040 schließlich 650 Milliarden m³ erreichen wird. Li sagte, dass alle Szenarien in Abhängigkeit von den Gaspreisen noch verstärkt werden könnten. Obwohl die nationale Gasproduktion in China weiter zunahm und die Importe im März ein Rekordhoch erreichten, hat die Volksrepublik ihre LNG-Importe in den vergangenen Monaten weiter gesteigert. Angesichts der **Aufstockung der LNG-Produktion** bleibt es fragwürdig, ob CNOOC seine Produktion nach 2040 runterfahren wird.



© Shutterstock

Atom und Solar

China hat den Bau des bisher größten „schwimmenden“-Solarkraftwerks begonnen. Das **Offshore-Solarkraftwerk** wird auf dem Wattenmeer vor der Küste der Provinz Jiangsu gebaut und soll mit 3,3 Millionen Solarmodulen eine Kapazität von zwei Gigawatt (GW) generieren. Die Anlage soll bereits nächstes Jahr ans Netz gehen. Die Installation von Solarkraftwerken auf dem Meer ist in China noch vergleichsweise neu. Das soll sich bald ändern. Allein für 2025 sind weitere schwimmende Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung von fünf GW geplant. Das Absurde an dem neuen Offshore-Solarkraftwerk: Es soll mit einem nahe gelegenen Atomkraftwerk zusammengeschlossen werden. Die

chinesische Regierung preist dieses Projekt als „umweltfreundliche Stromversorgung“ an, denn China zählt Atomenergie als grün und baut die Atomkraft auch im Ausland weiter aus.

ZAHL DES MONATS

95%

der weltweit neu begonnenen Bauvorhaben für Kohlekraftwerke entfielen 2023 auf China ([CarbonBrief](#)).

Das deutsche Solarparadoxon: Chinas Aufstieg und globale Spannungen in der Solarbranche

Die [deutsche Solarindustrie](#) erlebt ein paradoxes Auf und Ab: Trotz früher technologischer Führung und massiver Markteinführung haben deutsche Firmen wie Q-Cells und die inzwischen insolvente SolarWorld schnell gegenüber chinesischen Wettbewerbern an Boden verloren. China nutzte deutsche Technologien, um schnell zu expandieren und so kostengünstig Solarzellen zurück nach Deutschland zu verkaufen. Darüber hinaus nutzte China den weltweiten Nachfrageschub für Solarstrom, der durch das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz ausgelöst wurde, um dank schneller Expansion und aggressiver Kostensenkungen deutsche Solarunternehmen zu überholen. Heute dominieren chinesische Firmen die globale Solarindustrie durch ihre umfassenden Lieferketten und vertikale Integration. Gleichzeitig steigen die Spannungen zwischen China und dem Westen, insbesondere den USA und der EU, aufgrund von Vorwürfen wegen chinesischer Überkapazitäten in der Solarbranche. China weist diese Kritik zurück und betont seinen Beitrag zur globalen Energiewende sowie die „Fairness“ seines Wettbewerbs. Trotz dieser Beteuerungen ermittelt die EU gegen chinesische Solarunternehmen und die USA erwägen neue Zölle gegen chinesische Exporte.

Aus unserer Arbeit

Rima Netzwerk

RIMA bedeutet Regional Infrastructure Monitoring Alliance, ein von urgewald mitgegründetes Netzwerk in Asien. In diesem [Dokument](#) hat das Netzwerk „Werkzeuge“ für die menschenrechtliche Arbeit zu Unternehmensverstößen generell sowie in Bezug auf chinesische Unternehmen im Speziellen zusammengestellt.

urgewald Bericht: Still Banking on Coal

Unser Bericht „Still Banking on Coal“ offenbart, dass kommerzielle Banken in den letzten drei Jahren Kredite und Emissionsgeschäfte im Wert von 470 Milliarden US-Dollar für die Kohleindustrie bereitgestellt haben, wobei allein 324 Milliarden US-Dollar von chinesischen Finanzinstituten stammen. Im vergangenen Jahr belief sich die gesamte Bankenfinanzierung für Kohleunternehmen auf fast 136 Milliarden Dollar. Das entspricht lediglich einem Rückgang um 20 % seit 2016, dem Jahr, in dem das Pariser Klimaabkommen in Kraft trat. Zumal sich auch Faktoren wie das verlangsamte Wachstum der Kohleindustrie und die strengere Kreditvergabepolitik insbesondere der europäischen Banken hierin widerspiegeln. Der Bericht kann [hier](#) nachgelesen werden.

Jahrestagung der ADB in Georgien

Wir waren vom 2.-5. Mai auf der Jahrestagung der Asian Development Bank (ADB) in Tbilisi in Georgien, um dort gemeinsam mit unseren Partner*innen vom NGO Forum on ADB Forderungen an die Entscheidungsträger*innen zu richten. Deutschland ist Gründungsmitglied und Anteilseigner (4,3%) der Bank. Wir tragen also Verantwortung dafür, welche Projekte gefördert werden. Deren Menschenrechtsbilanz ist schwach: Für 46% der von der ADB finanzierten Projekte (2015-2020), wurden Menschen aus ihren Häusern und Gemeinschaften vertrieben. Die ADB rühmt sich, eine „Klimabank“ zu sein – unterstützt aber Energieunternehmen, die keine Kohleausstiegspläne haben und somit klar gegen das 1,5-Grad-Ziel von Paris verstoßen. Eine [neue urgewald Studie](#) zeigt, dass der sogenannte „Energy Transition Mechanism“ (ETM, Energiewende-Mechanismus) das Gegenteil einer gerechten Energiewende bewirkt. Er entschädigt Unternehmen, wenn diese 10-15 Jahre früher als bisher geplant ihre Kraftwerke abschalten. Einziges Problem: Diese Unternehmen haben keinerlei Ausstiegspläne und expandieren gleichzeitig ihr Kohlegeschäft anderswo. Wir fordern daher einen Stopp des ETM in der jetzigen Form. Eine gerechte Energiewende braucht Verantwortungsübernahme der Kohlekraftwerksbesitzer für frühere Schäden. Auf der Jahrestagung der ADB konnten wir mit dem Senior Management, dem Büro für Umwelt- und Sozialstandards, Vertreter*innen des Beschwerdemechanismus und zahlreichen Anteilseigner*innen der Bank sprechen und unsere Anliegen präsentieren. Ein kleiner Erfolg nach jahrelangem Engagement: Landrechte, die auf dem „Gewohnheitsrecht“ basieren, werden in den überarbeiteten Umwelt- und Sozialstandards anerkannt. Davon profitieren unter anderem indigene Gemeinschaften, die in der Regel keine offiziellen Besitztitel für das von ihnen bewohnte Land haben.



© urgewald

Kino: Neuer Film über die AIIB: Hehre Ziele, falsche Richtlinien

Unsere Kurz-Doku zur Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) zeigt die größten Schwachstellen der Bank auf. Sie vereint die Perspektiven der von Projekten betroffenen Gemeinden, des AIIB-Managements und der europäischen Anteilseigner sowie von Akteur*innen der Zivilgesellschaft und Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Darin fordern wir und unsere Partner die AIIB auf, ihren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. [Hier](#) könnt ihr die Doku sehen (englisch).

Stopp EACOP: urgewald vor dem chinesischen Konsulat in Düsseldorf

urgewald hat sich an dem [globalen Aktionstag](#) beteiligt, der von der Stop EACOP Koalition initiiert wurde. Wir waren bei dem chinesischen Konsulat in Düsseldorf, weil die China Export and Credit Insurance Corporation (Sinasure), die Export-Import Bank of China (China Eximbank) und mehrere andere chinesische Banken erwägen, die East African Crude Oil Pipeline (EACOP) zu versichern und sich bei der Finanzierung zu beteiligen. Das Pipelineprojekt und die damit verbundenen Ölfeldprojekte [heizen die Klimakrise an](#) und stellen eine Bedrohung für lokale Gemeinschaften und lebenswichtige biologische Hotspots dar, die im Kampf gegen den Klimawandel als wichtige

Kohlenstoffspeicher fungieren. Die EACOP gefährdet die Lebensgrundlage von Tausenden von Menschen in Uganda und Tansania. Wir fordern die chinesische Regierung auf, ihre Unterstützung für die EACOP zu hinterfragen, und stattdessen Investitionen in eine nachhaltige Zukunft zu priorisieren und die Sorgen der betroffenen Gemeinden anzuhören. Um unsere Forderungen zu unterstreichen, haben wir Briefe an den chinesischen Botschafter, Minister und die chinesischen Banken sowie Erklärungen und Petitionen der betroffenen Menschen und zivilgesellschaftlichen Organisationen geschickt.



© urgewald

Vladimir Sliviak im Taiwanesischen Fernsehen

Unser Kollege, der Träger des Alternativen Nobelpreises Vladimir Sliviak, ist nach Taiwan gereist, um dort auf den massiv angestiegenen Import von Kohle aus Russland hinzuweisen. Er nutzte die Jahreshauptversammlung des Kunststoffunternehmens Formosa Plastics, um gemeinsam mit lokalen Kolleg*innen und der Organisation CREA auf die Verbindung von Kohleimporten und Kriegsunterstützung hinzuweisen. Das taiwanische [Fernsehen](#) und viele Zeitungen berichteten.



Spenden

Jetzt spenden

Tipps am Rande

Video Ted Talk: The human cost of coal mining in China

In einem TED-Talk beschreibt der Umweltaktivist Wang Xiaojun, was es bedeutet, in Chinas größter kohleproduzierender Provinz aufzuwachsen, und berichtet von den Auswirkungen der Umweltzerstörung auf sein Dorf und seine Familie.

Podcast MERICS: Europa und die Beziehungen zwischen China und Russland

In dieser Podcast-Folge geht es um die Bedeutung der chinesisch-russischen Beziehungen für Europa, unter anderem im Zusammenhang mit Russlands Krieg in der Ukraine. Der Podcast behandelt außerdem das Bestreben Chinas und Russlands, die internationale Ordnung umzugestalten.

Podcast ARD: „Welt.Macht.China“ behandelt die Folgen des staatlichen Punktesystems für Chines*innen

In Deutschland weiß man nicht viel über China, aber eine Sache weiß fast jede*r: Es gibt ein „Social Credit System“, welches das gesellschaftliche Leben der Bürger*innen komplett kontrolliert - bei Rot über die Ampel gehen: Punktabzug. Etwas Negatives über Xi schreiben: Punktabzug. Doch wie präsent ist der Social Score wirklich im Leben der Bürger*innen? Überraschung: Für Bürger*innen gibt es gar kein universelles Social Credit System! Stattdessen gibt es viele kleinere Systeme. Lediglich für Unternehmen gilt ein übergreifendes Social Credit System - und da kommt die zweite Überraschung: Das funktioniert ziemlich gut. Auch deutsche Unternehmen sehen es als eher positiv an. Interessant ist auch: In deutschen Handelsregisterdaten findet man tiefergehendere Informationen über eine Firma als im chinesischen System. Nanu...!?

(P.S.: Nein, das bedeutet nicht, dass es keine Überwachung in China gibt. Das wird im Podcast auch sehr deutlich.)

urgewald e.V.
Nora Sausmikat
Von-Galen-Str. 4
48336 Sassenberg
Deutschland

chinadesk@urgewald.org
<https://www.urgewald.org/>

